

WAHL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2019: HAT DIE EUROPAWAHL EINE NEUE DIMENSION ERREICHT?

ZUSAMMENFASSUNG

Die vom Europäischen Parlament im Anschluss an die Europawahl durchgeführte Eurobarometer-Umfrage ist eine der umfassendsten und öffentlich zugänglichen quantitativen Erhebungen zu Wahlverhalten und Motivation der Wähler. Die Erhebung nach der Europawahl 2019 wurde in den Wochen im Anschluss an die vom 23.–26. Mai 2019 abgehaltene Wahl – wie bereits nach der letzten Wahl vor fünf Jahren¹ – vom Unternehmen Kantar für das Europäische Parlament durchgeführt.

Ausgehend vom erheblichen Anstieg der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 wird in dem vorliegenden Bericht im Detail untersucht, welche Personengruppen gewählt haben, und es werden die Unterschiede zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten sowie zwischen den soziodemografischen Gruppen und Berufsgruppen analysiert. Aus dem Bericht geht hervor, dass die um einiges höhere Wahlbeteiligung in vielen Ländern darauf zurückzuführen ist, dass mehr junge Menschen gewählt haben. Die Europäerinnen und Europäer haben zudem in Bezug auf die Europawahl ein stärkeres Bewusstsein für ihre Pflichten als Bürger entwickelt; auch das zunehmend positive Bild, das die Bürgerinnen und Bürger von der EU haben, hat sich auf die Wahlbeteiligung ausgewirkt.

Erstmals werden in dem Bericht, der von Experten von Kantar – dem offiziellen Auftragnehmer des Parlaments für das Eurobarometer – ausgearbeitet wurde, auch die konkreten Wahlentscheidungen der Befragten (nach denen in der Umfrage in Form von auf die Wahl rückblickenden Fragen gefragt wurde) im Kontext des Wahlverhaltens und der Motivation untersucht; die vollständigen Datensätze ermöglichen weiterführende und umfassende Analysen zum Vergleich mit den übrigen Schlüsselindikatoren des Eurobarometers.

¹ <https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/eurobarometer/post-election-survey-2014>

Die höchste Wahlbeteiligung seit 20 Jahren

Die allgemeine Wahlbeteiligung bei der Europawahl lag bei 50,6 %. Dies ist die **höchste Wahlbeteiligung seit der Wahl von 1994** und bedeutet einen erheblichen Anstieg gegenüber der Wahl von 2014 (mit einer Wahlbeteiligung von 42,6 %).

Die Wahlbeteiligung ist insgesamt und konkret in **19 Mitgliedstaaten** angestiegen; einen **erheblichen Anstieg** gegenüber 2014 haben Polen, Rumänien, Spanien, Österreich, Ungarn und Deutschland sowie die Länder mit der niedrigsten Wahlbeteiligung – beispielsweise die Slowakei und die Tschechische Republik – zu verzeichnen. In acht Mitgliedstaaten ist die Wahlbeteiligung gesunken – allerdings um nicht mehr als 3 Prozentpunkte.

Ungeachtet des allgemeinen Anstiegs bestehen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten nach wie vor beträchtliche Unterschiede bei der Wahlbeteiligung, die sich zwischen 23 % in der Slowakei und 88 % in Belgien bewegt. Zu bedenken ist dabei auch, dass in fünf Mitgliedstaaten Wahlpflicht besteht: Belgien, Bulgarien, Luxemburg, Zypern und Griechenland.

Zwar war die Wahlbeteiligung 2019 in sämtlichen Bevölkerungsgruppen höher, jedoch ist dies vor allem der **jüngeren Generation** zu verdanken: Erheblich angestiegen ist die Wahlbeteiligung bei den unter 25-Jährigen (+14 Prozentpunkte) und bei den 25- bis 39-Jährigen (+12 Prozentpunkte). Jene, die bei der Europawahl 2019 ihre Stimme abgegeben haben, verfügen im Querschnitt offenbar über einen **höheren Bildungsstand** als die Wählerschaft von 2014, und sowohl bei den Wählern als auch bei den Nichtwählern hat das **politische Interesse** zugenommen. Dies gibt allen Grund zur Hoffnung, dass sich die Wahlbeteiligung in den kommenden Jahren weiter erhöht.

Mehrheit der Wähler entschloss sich frühzeitig zur Stimmabgabe

Die große Mehrheit der Wähler entschloss sich bereits geraume Zeit vor der Wahl, zur Wahl zu gehen: Vier von fünf Wählern (79 %) geben an, dass sie jedes Mal wählen, und weitere 15 % haben einige Wochen vor der Wahl die Entscheidung getroffen, zur Wahl zu gehen. Nur 6 % trafen die Entscheidung am Wahltag selbst oder einige Tage vorher; in der Tschechischen Republik, Kroatien, der Slowakei und Zypern war der Anteil allerdings höher.

Zwei Drittel (66 %) der Wähler bei der letzten Europawahl geben an, sie seien sich **von Anfang an darüber im Klaren gewesen, welche Partei sie wählen würden**, während ein Drittel (33 %) angibt, unentschlossen gewesen zu sein und mehrere Parteien in Betracht gezogen zu haben. Die Untersuchungen zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger, die eine der grünen Parteien gewählt haben, eher unentschlossen waren als solche, die eine rechtsextreme oder EU-feindliche Partei gewählt haben.

Die Entscheidung für eine Partei fiel aufgrund der Vorschläge, die die jeweilige Partei entweder zu **europäischen Angelegenheiten** (43 %) oder zu **nationalen Angelegenheiten** (42 %) vorbrachte. Zu den wichtigsten Gründen, für eine bestimmte Partei zu stimmen, zählten zudem, dass die Befragten immer diese Partei wählen (40 %), und die Frage, welche Vorschläge die Partei zu bestimmten Themen machte (38 %).

Die Entscheidung, eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten zu wählen, wurde in der Regel mindestens einige Monate vor der Europawahl getroffen. (43 % wählen immer die gleiche Partei; 23 % entschieden sich „vor ein paar Monaten“.) Einer von sechs Wählern (17 %)

entschied sich erst in den Tagen vor der Wahl oder am Wahltag selbst. Hier gibt es keine großen Unterschiede gegenüber der Wahl von 2014.

Im Allgemeinen waren sich ältere Wähler eher im Klaren darüber, welche Partei sie wählen würden, und hatten häufiger von Anfang an die Absicht, wählen zu gehen; jüngere Wähler hingegen trafen diese Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt und waren in Bezug auf die Partei, die sie wählen würden, eher unentschlossen.

Bürgerpflicht und positive Einstellung zur EU werden häufiger als früher als Gründe genannt, zur Wahl zu gehen

Dass sie es als ihre **Bürgerpflicht** (52 %) sahen, ihre Stimme abzugeben, wurde nach der letzten Europawahl von den Wählern am häufigsten als Grund für die Beteiligung an der Wahl angegeben; dieser Beweggrund hat somit gegenüber der Wahl 2014 an Bedeutung gewonnen (+11 Prozentpunkte). Weitere wichtige Gründe bestanden darin, dass **die Befragten immer wählen** (35 %, -6 Prozentpunkte) und dass die Wähler die **politische Partei unterstützen wollten**, der sie sich nahe fühlen (22 %, unverändert).

Insgesamt ist die Wahlbeteiligung aufgrund eines gestärkten Bewusstseins für die **Bürgerpflichten** gestiegen, was zeigt, dass die Wahl zum Europäischen Parlament an Bedeutung gewonnen hat, und darauf schließen lässt, dass die Europawahl nun verstärkt als zentraler Bestandteil des demokratischen Lebens wahrgenommen wird. Dass von mehr Bürgerinnen und Bürgern die Ansicht vertreten wird, dass man **mit seiner Stimme „die Dinge verändern kann“**, lässt ebenfalls darauf schließen, dass der letzten Wahl mehr Bedeutung beigemessen wurde; zudem legt dies nahe, dass vom Europäischen Parlament konkrete europäische Lösungen erwartet werden, die sich spürbar auf den Alltag der Bürgerinnen und Bürger der EU auswirken.

Auch eine **positive Haltung gegenüber der EU** wird häufiger als früher als Grund für die Stimmabgabe genannt. Die Befragten geben nun viel häufiger als im Jahr 2014 an, dass sie gewählt haben, weil sie die EU befürworten. Hier war in allen 28 Mitgliedstaaten – und insbesondere in Irland, Spanien, Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich und der Slowakei – ein Anstieg zu verzeichnen, was auf eine stärkere proeuropäische Einstellung bei der jüngsten Europawahl sowie darauf schließen lässt, dass die positive Haltung zur EU zum Anstieg der Wahlbeteiligung beigetragen hat. Dies deckt sich mit der allgemeinen Haltung zur EU-Mitgliedschaft: Die Zustimmung befindet sich auf einem historischen Höchststand (siehe unten).

Aus der Umfrage zur Wahl 2019 geht auch hervor, dass der Anteil der Wähler, die angeben, dass sie „immer wählen“, relativ zurückgegangen ist. Dies bedeutet, dass die insgesamt höhere Wahlbeteiligung darauf zurückzuführen ist, dass zur Wählerschaft vermehrt „instabile“ Wähler zählten, was wiederum den Erfolg der Kommunikationsstrategie des Europäischen Parlaments für die Europawahl 2019 belegt², mit der unter anderem das Ziel verfolgt wurde, vor allem die „überzeugbaren Nichtwähler“ zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren³.

² Am 13. November 2017 vom Präsidium des Europäischen Parlaments angenommene institutionelle Kommunikationsstrategie des Europäischen Parlaments für die Europawahlen 2019 (PE 610.509/BUR/rev).

³ In der Kommunikationsstrategie des EP für die Europawahl 2019 wurden Bevölkerungsgruppen ermittelt, die überwiegend „nicht-ideologische“, d. h. technische oder persönliche Gründe dafür anführen, dass sie am Wahltag nicht wählen gehen und daher als „überzeugbare Nichtwähler“ (*soft abstainers*) eingestuft werden. Es wurde davon ausgegangen, dass solche Bevölkerungsgruppen zur Teilnahme an der Wahl motiviert werden könnten, wenn sie davon überzeugt würden, wie wichtig

Wirtschaft und Wachstum sind nach wie vor die wichtigsten Gründe, zur Wahl zu gehen

Die Themen, die auf EU-Ebene die meisten Bürgerinnen und Bürger zur Stimmabgabe bei der letzten Europawahl bewegen konnten, waren Wirtschaft und Wachstum (44 %), Bekämpfung des Klimawandels und Umweltschutz (37 %), Förderung der Menschenrechte und der Demokratie (37 %), die erhoffte künftige Arbeitsweise der EU (36 %) und Einwanderung (34 %). Das Thema „**Wirtschaft und Wachstum**“ war für die Wähler in 16 Mitgliedstaaten am wichtigsten, während das Thema „**Klimawandel und Umwelt**“ in acht Mitgliedstaaten am wichtigsten war.

Unterschiedliche Zeitpunkte bei der Entscheidung, nicht wählen zu gehen

Was die 49,4 % der Europäer betrifft, die bei der letzten Europawahl nicht gewählt haben, geben drei von zehn (30 %) an, dass sie niemals wählen, und 16 %, dass sie ein paar Monate vor der Wahl beschlossen haben, nicht zur Wahl zu gehen. 15 % der Nichtwähler haben die Entscheidung erst ein paar Tage vor der Wahl getroffen, und weitere 15 % erst am Wahltag selbst.

Gegenüber 2014 hat sich der Anteil jener, die angeben, nie wählen zu gehen, erhöht (+6 Prozentpunkte), während der Anteil jener, die angeben, die Entscheidung erst am Wahltag getroffen zu haben, gesunken ist (-4 Prozentpunkte); dies lässt auf einen Rückgang der Anzahl der sogenannten überzeugten Nichtwähler schließen.

Die Gründe der Nichtwähler: negative Wahrnehmung der Politik und praktische Gründe

Auf EU-Ebene waren die beiden wichtigsten Gründe, bei der jüngsten Europawahl nicht wählen zu gehen, **fehlendes Vertrauen in die bzw. Unzufriedenheit mit der Politik** im Allgemeinen (22 %) sowie **mangelndes Interesse** an der Politik (18 %). Als weitere Gründe führten die Befragten an, dass sie der Meinung sind, dass durch eine Stimmabgabe nichts bewirkt oder verändert wird (14 %), dass sie selten oder nie wählen gehen (13 %) und dass sie zu beschäftigt waren oder keine Zeit hatten (11 %). Die Gründe, nicht wählen zu gehen, weichen nur geringfügig von jenen im Jahr 2014 ab.

Die Nichtwähler lassen sich anhand ihrer Gründe in vier große Kategorien einteilen: In die erste Kategorie fallen jene, die **feindselig gegenüber der Politik eingestellt** sind; hierzu zählen auch jene, denen es an Vertrauen in die Politik fehlt oder die mit der Politik unzufrieden sind, jene, die sich nicht ausreichend für Politik interessieren, sowie jene, die selten oder nie wählen gehen. Die zweite Kategorie umfasst jene Nichtwähler, die einen **Mangel an Informationen** als Grund anführen, einschließlich jener, die angeben nicht viel über die EU, das Europäische Parlament oder die Europawahl zu wissen. Die dritte Kategorie umfasst jene, die der Meinung sind, dass ihre Stimme nichts bewirke oder dass das „**Wählen sinnlos**“ sei. In die vierte Kategorie fallen jene, die aus **technischen Gründen** nicht gewählt haben; für die Zwecke der

es ist, wählen zu gehen, und wenn sie über alle Möglichkeiten zur Überwindung ihrer konkreten „technischen Schwierigkeiten“ informiert würden.

Kommunikationsstrategie des Europäischen Parlaments werden sie als „überzeugbare Nichtwähler“ bezeichnet. Hierunter fallen auch jene, die zu beschäftigt, nicht zuhause oder krank waren.

Die Befragten in den Ländern mit den höchsten Anteilen an Nichtwählern haben am häufigsten Antworten gegeben, die mit einer feindseligen Einstellung gegenüber der Politik im Zusammenhang stehen. In Bulgarien, Portugal und der Slowakei ist der häufigste Grund mangelndes Vertrauen in bzw. Unzufriedenheit mit der Politik; in Slowenien, Kroatien und der Tschechischen Republik hingegen wird mangelndes Interesse für die Politik am häufigsten als Grund angegeben.

Knapp die Hälfte kann sich an Botschaften erinnern, die zum Wählen animieren sollten

Insgesamt können sich 44 % der Europäer daran erinnern, Botschaften des Europäischen Parlaments gesehen oder gehört zu haben, mit denen die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an der Europawahl animiert werden sollten. Die Anteile lagen hierbei zwischen 24 % in Bulgarien und 85 % in den Niederlanden. Zwar ist der Anteil jener, die sich an solche Botschaften erinnern können, am höchsten unter jenen, die gewählt haben (50 %); aber auch unter den Nichtwählern ist der Anteil relativ hoch (39 %). Dies lässt darauf schließen, dass die in der Kampagne des Parlaments vermittelten Botschaften von der Mehrheit der Europäer durchaus wahrgenommen wurden und in vielen Fällen zu der Entscheidung, wählen zu gehen, beigetragen haben.

Auswirkungen des Brexit auf das Wahlverhalten: von Land zu Land unterschiedlich

Knapp ein Viertel der Europäer (22 %) gibt an, dass sie bei ihrer Entscheidung darüber, ob sie wählen gehen würden, zumindest „in gewissem Ausmaß“ von der Berichterstattung und den Debatten über den Brexit beeinflusst wurden. Gut die Hälfte der Befragten im Vereinigten Königreich hat angegeben, dass sich der Brexit auf ihre Entscheidung darüber, ob sie wählen gehen würden, ausgewirkt hat; in Irland und Österreich waren es 38 bzw. 32 %. In Lettland, Frankreich, Schweden und Estland hingegen gab nicht einmal jeder zehnte an, vom Brexit beeinflusst worden zu sein.

Die Analysen lassen darauf schließen, dass die Berichterstattung und die Debatten über den Brexit die Bürgerinnen und Bürger eher **zum Wählen** bewegt haben als zum Nichtwählen.

Zunehmend positive Einstellung zur Demokratie in der EU

Aus der Umfrage lässt sich eine **zunehmende Zufriedenheit mit einer Reihe von Aspekten der Demokratie** in der EU seit September 2018 ablesen, was den Eindruck bestätigt, dass die erhöhte Wahlbeteiligung mit gefestigten demokratischen Werten im Zusammenhang steht. Am zufriedensten sind die Europäer mit den Aspekten freie und faire Wahlen (75 % sehr oder recht zufrieden, +5 Prozentpunkte), Meinungsfreiheit (74 %, +5 Prozentpunkte) und Achtung der Grundrechte (73 %, +8 Prozentpunkte). Am niedrigsten ist die Zufriedenheit im

Zusammenhang mit der Bekämpfung der Desinformation in den Medien (48 %, +8 Prozentpunkte) und der Bekämpfung der Korruption (43 %, +7 Prozentpunkte).

Führt man die Ergebnisse für die verschiedenen Aspekte der Demokratie aus der Umfrage zusammen, so ergibt sich daraus, dass die Befragten in Irland, Dänemark, Portugal und Polen am zufriedensten sind. Am wenigsten zufrieden mit verschiedenen Aspekten der Demokratie sind die Bürgerinnen und Bürger in Bulgarien, Kroatien, der Slowakei, Frankreich und der Tschechischen Republik.

Immer mehr Europäer haben das Gefühl, dass ihre Stimme in der EU zählt

Mehr als die Hälfte der Europäer (56 %) stimmen der Aussage zu, dass ihre Stimme in der EU zählt; dies entspricht einem Zuwachs von 7 Prozentpunkten seit dem Zeitraum Februar/März 2019 und stellt das **beste Ergebnis** dar, seit die Frage im Jahr 2002 erstmals gestellt wurde. Dieses Ergebnis bestätigt nicht nur vorangegangene Forschungsergebnisse, in denen bei diesem Indikator zum Zeitpunkt der Europawahl ein Höchststand deutlich wurde, sondern zeigt auch eine längerfristige Zunahme über die letzten zehn Jahre.

In Schweden, Dänemark, den Niederlanden und Deutschland haben die Befragten der Aussage, dass ihre Stimme in der EU zählt, am häufigsten zugestimmt (75 %); in Lettland, Griechenland und Estland gab es am wenigsten Zustimmung zu dieser Aussage. Erheblich angestiegen sind die Werte in Rumänien, der Tschechischen Republik, Polen, Italien und Belgien.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Auffassung, dass die eigene Stimme in der EU zählt, und der Teilnahme an der Europawahl, und unter den Wählenden finden sich nun mehr Bürgerinnen und Bürger, die das Gefühl haben, dass ihre Stimme zählt, als 2014; dies lässt darauf schließen, dass die **Wählenden nun selbstbewusster, mündiger und engagierter sind**. Dieser Zusammenhang dürfte einen positiven Kreislauf bewirken, in dem die Auffassung, dass die eigene Stimme zählt, die Wahlbeteiligung erhöht, und dies wiederum den Eindruck, dass die eigene Stimme zählt, verstärkt.

Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft nach wie vor auf einem historischen Höchststand

Knappe sechs von zehn Europäern (59 %) halten die EU-Mitgliedschaft ihres Heimatlandes für positiv. Das Maß an Unterstützung ist somit seit Februar/März 2019 konstant geblieben; gegenüber dem historischen Höchststand vom September 2018 (62 %) ist jedoch ein leichter Rückgang zu verzeichnen. **Langfristig gesehen ist die Tendenz** seit 2011 und insbesondere seit Herbst 2014 – nach der vorangegangenen Europawahl – jedoch **positiv**.

Die Länder, in denen die meisten der Befragten eine positive Einstellung zur EU-Mitgliedschaft haben, sind Luxemburg, Irland, Deutschland und die Niederlande; in der Tschechischen Republik, Italien, Griechenland, Kroatien, der Slowakei und dem Vereinigten Königreich sind hier die niedrigsten Werte zu verzeichnen. Im Allgemeinen sind die jüngeren Befragten und die Befragten mit einem höheren Bildungsabschluss am positivsten zur EU-Mitgliedschaft eingestellt.

Insgesamt sind in der EU-28 mehr als zwei Drittel der Befragten (68 %) der Auffassung, dass ihr Heimatland Nutzen aus der EU-Mitgliedschaft gezogen hat – das ist **seit 1982 der höchste**

verzeichnete Wert. Diese Auffassung wird von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in allen Mitgliedstaaten – außer Italien – geteilt.

Die EU-Mitgliedschaft wird in erster Linie aus den folgenden vier Gründen als nutzbringend erachtet: verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten (34 %), Wahrung des Friedens und der Sicherheit (ebenfalls 34 %), Förderung des Wirtschaftswachstums (31 %) und neue Beschäftigungsmöglichkeiten (ebenfalls 31 %).

Diese positive Einstellung ist für die Beteiligung an der Europawahl von höchster Bedeutung. Wie bereits festgestellt, wird eine positive Einstellung zur EU häufiger als früher als Grund angeführt, zur Wahl zu gehen, und als einer der wichtigsten Nutzen der EU wird ihr **Beitrag zum Wirtschaftswachstum** angesehen, der auch der wichtigste Grund für die Bürgerinnen und Bürger war, ihre Stimme abzugeben.

Methodik und Datenpräsentation

Das Eurobarometer im Anschluss an die Wahl 2019 wurde vom Unternehmen Kantar im Auftrag des Europäischen Parlaments durchgeführt. Die Befragungen vor Ort fanden vom 7. bis 26. Juni 2019 in allen 28 EU-Mitgliedstaaten statt. Als repräsentative Stichprobe der allgemeinen Bevölkerung im Alter von mindestens 15 Jahren wurden 27 464 Personen persönlich befragt⁴.

Neben der Gewichtung aufgrund der soziodemografischen Variablen wurden die Ergebnisse zu den meisten Fragen dieser Umfrage zur Wahl auch anhand des Ergebnisses der Europawahl 2019 gewichtet. Der Zweck dieser Gewichtung besteht darin, etwaige Abweichungen in der Stichprobe zu korrigieren, sodass diese mit der tatsächlichen Wahlbeteiligung und den Ergebnissen der Parteien auf einzelstaatlicher Ebene in Übereinstimmung gebracht wird. So wird durch die Gewichtung sichergestellt, dass die einzelstaatlichen Stichproben das Wahlverhalten bei der Europawahl 2019 genau wiedergeben.

Der vollständige Bericht mit nationalen Informationsblättern, Datenanhängen und Ergebniszahlen ist im Internet unter <http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/beheard/eurobarometer/> zu finden.

⁴ Davon 26 971 Personen im Wahlalter, das in 25 EU-Mitgliedstaaten bei mindestens 18 Jahren, in Österreich und Malta bei mindestens 16 Jahren und in Griechenland bei mindestens 17 Jahren liegt. Einige Fragen wurden der gesamten Stichprobe von 27 464 Personen von mindestens 15 Jahren gestellt.